

No. 28343

**UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND
and
GERMANY**

**Exchange of notes constituting an agreement concerning air
services to and from Berlin. Bonn, 9 October 1990**

Authentic texts: German and English.

*Registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
on 26 August 1991.*

**ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD
et
ALLEMAGNE**

**Échange de notes constituant un accord sur le transport
aérien à destination et en provenance de Berlin. Bonn,
9 octobre 1990**

Textes authentiques : allemand et anglais.

*Enregistré par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
le 26 août 1991.*

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING AIR SERVICES TO AND FROM BERLIN

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

AUSWÄRTIGES AMT
210-455.00/6

Das Auswärtige Amt beehrt sich, auf die kürzlich erfolgten Gespräche zwischen Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Vertretern der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika über den Luftverkehr von und nach Berlin durch Unternehmen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in dem Zeitraum nach der Herstellung der Einheit Deutschlands Bezug zu nehmen.

Die Vertreter der vier Regierungen wiesen auf den wesentlichen Beitrag hin, der durch die innerdeutschen Dienste zur Sicherheit und zum Wohlergehen Berlins geleistet wurde, sowie auf die große Bedeutung, die der Gewährleistung des reibungslosen Ablaufs der Luftverkehrsdienste von und nach Berlin weiterhin zukommt. In Anbetracht der besonderen Umstände, die—auf der Grundlage der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes—im Hinblick auf die innerdeutschen Luftverkehrsdienste bestanden, waren sich die Vertreter der vier Regierungen über die Notwendigkeit angemessener Übergangsvereinbarungen einig.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als Ergebnis dieser Gespräche folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Nach dem Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte können die bestehenden, von Unternehmen der Alliierten betriebenen Luftverkehrsdienste von und nach Berlin für den Zeitraum einer Übergangsphase fortgeführt werden—vorbehaltlich der folgenden Vereinbarungen über den Umfang dieser Dienste, die durch Entscheidungen dieser Unternehmen auf der Grundlage kommerzieller Kriterien eingestellt werden.

¹ Came into force on 9 October 1990, the date of the note in reply, in accordance with the provisions of the said notes.

(a) *Innerdeutsche Dienste*

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit innerdeutsche Liniendienste betreiben, können sie bis zum Oktober 1993 in folgendem Umfang weiterhin durchführen:

Sommerflugplanperiode 1991:	80%
Winterflugplanperiode 1991/92:	70%
Sommerflugplanperiode 1992:	60%
Winterflugplanperiode 1992/93:	50%
Sommerflugplanperiode 1993:	40%

der von jedem Unternehmen für den Winterflugplan 1990/91 angebotenen Sitzplätze.

(b) *Internationale Liniendienste von Berlin nach Bestimmungsorten in Drittländern (7. Freiheit)*

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit solche Liniendienste der 7. Freiheit in Europa betreiben, können sie bis zum Oktober 1993 in dem unter Buchstabe (a) beschriebenen Umfang weiterführen. Während des Übergangszeitraums unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Anträge von Unternehmen der Alliierten für solche Dienste bei den Zivilluftfahrtbehörden der europäischen Bestimmungsländer.

(c) *Europäische Charterdienste von Berlin nach Bestimmungsorten in Drittländern (7. Freiheit)*

Die Unternehmen der Alliierten, die zur Zeit europäische Charterdienste der 7. Freiheit betreiben, können diese in folgendem Umfang bis Oktober 1993 weiterhin durchführen:

(aa) Sommerflugplanperiode 1991	90%	der von jedem Unternehmen im vorherigen Sommer angebotenen Sitzplätze
(bb) Winterflugplanperiode 1991/92	90%	der von jedem Unternehmen im vorherigen Winter angebotenen Sitzplätze
(cc) Sommerflugplanperiode 1992	80%	von (aa)
(dd) Winterflugplanperiode 1992/93	80%	von (bb)
(ee) Sommerflugplanperiode 1993	80%	von (cc)

Verträge für den Sommer 1991, die vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung unterzeichnet wurden, werden eingehalten.

Während des Übergangszeitraums unterstützt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Anträge von Unternehmen der Alliierten für solche Dienste bei den Zivilluftfahrtbehörden der europäischen Bestimmungsländer.

- (d) Jedes in Berlin niedergelassene alliierte Unternehmen, dessen Anteil am gesamten Berliner Luftverkehrsmarkt (innerdeutsche sowie internationale und Charterdienste der "siebten Freiheit") am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung weniger als 3% beträgt, unterliegt bis Oktober 1993 einem verzögerten Auslaufsystem in folgendem Umfang:

Winterflugplanperiode 1992/93	80%
Sommerflugplanperiode 1993	70%

der von jedem Unternehmen für den Winterflugplan 1990/91 angebotenen Sitzplätze.

- (e) Wenn ein Unternehmen

- bei Beginn des Übergangszeitraums einen oder mehrere Dienste einer oder mehrerer der oben beschriebenen Arten mit nur einem Flugzeug betreibt oder
- aufgrund der Durchführung der in Absatz (a) bis (d) festgelegten Bestimmungen für den Übergangszeitraum den Betrieb eines oder mehrerer Dienste einer oder mehrerer oben beschriebener Arten auf ein Flugzeug verringert,

kann dieses Unternehmen—ungeachtet des Erfordernisses, diesen Dienst oder diese Dienste weiterhin zu verringern—jedes dieser Flugzeuge unter voller Kapazitätsauslastung weiterbetreiben oder die gleiche Kapazität auf einem anderen Flugzeug bis zum Ende des Übergangszeitraums bereitstellen.

- (f) Spätestens im April 1993 treffen die Vertragsparteien zusammen, um die Auswirkungen der Gesetzgebung über den Europäischen Binnenmarkt auf die Zukunft der innerdeutschen Dienste zu prüfen.
- (g) Der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland wird die Durchführung dieser Übergangsvereinbarungen durch die Unternehmen gemeinsam mit den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika überwachen. Solche Konsultationen finden vor jeder Flugplanperiode statt. Sie können auch von jeder Regierung vorgeschlagen werden.
- (h) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, innerhalb des gesetzlichen Rahmens die zügige Behandlung von erforderlichen Genehmigungen, Zulassungen und Lizenzen zu erleichtern und alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Aufrechterhaltung bestehender betrieblicher Vereinbarungen von alliierten Unternehmen in Berlin zu gewährleisten.

2. Falls sich die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Ausdruck bringende Antwortnote der britischen Botschaft eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bilden, die mit dem Datum der Antwortnote der Botschaft in Kraft tritt und für den gesamten Übergangszeitraum, der mit dem Ende der Sommerflugplanperiode 1993 ausläuft, Gültigkeit hat.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, die Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 9 Oktober 1990

An die Botschaft des Vereinigten
Königreiches Grossbritannien und Nordirland
Bonn

[TRANSLATION¹ — TRADUCTION²]

Foreign Office
210-455.00/6

The Foreign Office of the Federal Republic of Germany presents its compliments to the Embassy of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and has the honour to refer to recent discussions between representatives of the Government of the Federal Republic of Germany and representatives of the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the French Republic and the United States of America concerning air services to and from Berlin by United Kingdom, French and United States carriers in the period following German unification.

The representatives of the four Governments noted the essential contribution which the inner-German services have made to the security and well-being of Berlin, and the importance of ensuring continued smooth running of air services to and from Berlin. Having regard to the special circumstances that have existed in relation to the inner-German services, based on quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin and to Germany as a whole, the representatives of the four Governments have agreed on the necessity for appropriate transition arrangements.

As a result of these discussions the Foreign Office of the Federal Republic of Germany has the honour to propose to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the following agreement:

When quadripartite rights and responsibilities cease to have effect the existing air services to and from Berlin by allied carriers may continue for a transition period, subject to the following arrangements for the volume of such services which will be withdrawn by decision of the carriers on the basis of commercial criteria:

(a) *Inner-German Services*

Present allied carriers may continue to operate inner-German scheduled services until October 1993 at the following levels:

Summer season 1991:	80%
Winter season 1991/92:	70%
Summer season 1992:	60%
Winter season 1992/93:	50%
Summer season 1993:	40%

of the seats offered by each carrier for the winter schedule 1990/91.

(b) *International Scheduled Services from Berlin to third country destinations (7th freedom)*

Present allied carriers may continue to operate such 7th freedom European scheduled services until October 1993 at the levels described in (a). The Government of the Federal Republic of Germany will support, during the transition period, applications of allied carriers for such services with the civil aviation authorities of European destination countries.

¹ Translation supplied by the Government of the United Kingdom.

² Traduction fournie par le Gouvernement du Royaume-Uni.

(c) *European Charter Services from Berlin to third country destinations (7th Freedom)*

Present allied carriers may continue to operate 7th freedom European charter services until October 1993 at the following levels:

- | | | |
|----------------------------|-----|--|
| (i) Summer season 1991: | 90% | of seats offered by each carrier in the previous Summer season |
| (ii) Winter season 1991/2: | 90% | of seats offered by each carrier in the previous Winter season |
| (iii) Summer season 1992: | 80% | of (i) |
| (iv) Winter season 1992/3: | 80% | of (ii) |
| (v) Summer season 1993: | 80% | of (iii) |

save that contracts for the Summer season 1991 signed before the date of entry into force of this Agreement will be honoured.

The Government of the Federal Republic of Germany will support, during the transition period, applications of allied carriers for such services with the civil aviation authorities of European destination countries.

(d) Any Berlin based allied carrier whose share of the total Berlin air service market (inner-German and "seventh freedom" international and charter services) on the date of entry into force of this Agreement is less than 3 per cent will be subject to a deferred phase-down regime, until October 1993 at the following levels:

- | | |
|------------------------|-----|
| Winter season 1992/93: | 80% |
| Summer season 1993: | 70% |

of the seats offered by each carrier for the Winter schedule 1990/91.

(e) If a carrier

- enters the transition period operating any service or services of one or more of the types described above with only one aircraft; or
- as the result of implementing the provisions in paragraphs (a) to (d) above relating to the transition period, reduces the operation of any service or services of one or more of the types described above to one aircraft;

then, notwithstanding the requirement further to reduce the service or services, that carrier may continue to operate any such aircraft at full capacity or provide equivalent capacity on another aircraft until the end of the transition period.

(f) Not later than April 1993, the parties to this Agreement will meet to consider the implications of European Community Single Market legislation for the future of inner-German services.

(g) The Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany will monitor jointly with the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the French Republic and the United States of America the implementation by

operators of the transition arrangements. Such consultations shall take place before each season. They may also be proposed by any of the Governments.

- (h) The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to facilitate within its legal framework expeditious treatment with respect to required permits, permissions and licences and to use its best endeavours to ensure the maintenance of current operational arrangements of allied carriers in Berlin.

If the above proposal is acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Foreign Office of the Federal Republic of Germany has the honour to propose that this Note and the Embassy's Note in reply shall constitute an Agreement between the two Governments which shall enter into force on the date of the Embassy's reply, and which shall continue in force for the transition period terminating at the end of the Summer season 1993.

The Foreign Office of the Federal Republic of Germany avails itself of the opportunity to renew to the Embassy of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland the assurances of its highest consideration.

Bonn, 9 October 1990

Embassy of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
Bonn

II

No. 177

Her Britannic Majesty's Embassy present their compliments to the Foreign Office of the Federal Republic of Germany and have the honour to acknowledge receipt of the Office's Note Verbale No. 210-455.00/6 dated the 9th of October 1990, which reads, in translation, as follows:

[See note I]

Her Britannic Majesty's Embassy have the honour to inform the Foreign Office of the Federal Republic of Germany that the above proposals are acceptable to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and agree that the Office's Note and this reply shall constitute an Agreement between the two Governments which shall enter into force on the date of this reply, and which shall continue in force for the transition period terminating at the end of the Summer season 1993.

Her Britannic Majesty's Embassy avail themselves of this opportunity to renew to the Foreign Office of the Federal Republic of Germany the assurances of their highest consideration.

British Embassy, Bonn
9 October 1990

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ÉCHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD¹ ENTRE LE
GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE SUR LE
TRANSPORT AÉRIEN À DESTINATION ET EN PROVENANCE
DE BERLIN

I

MINISTÈRE FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

210-455-00/6

Le Ministère fédéral des affaires étrangères a l'honneur de se référer aux récentes discussions qui ont eu lieu entre des représentants du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord au sujet de services aériens assurés par des sociétés de transport de France, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni en direction et à partir de Berlin au cours de la période suivant l'unification allemande.

Les représentants des quatre Gouvernements ont souligné la contribution essentielle apportée par les services aériens domestiques allemands à la sécurité et à la prospérité de Berlin et l'importance qui s'attache à la garantie de la poursuite harmonieuse des services aériens en direction et à partir de Berlin. Eu égard aux circonstances particulières fondées sur les droits et responsabilités quadripartites concernant Berlin et l'Allemagne dans son ensemble, qui ont marqué les services aériens intérieurs allemands, des représentants des quatre Gouvernements sont convenus de la nécessité de dispositions transitoires appropriées.

Compte tenu des résultats de ces entretiens, le Ministère fédéral des affaires étrangères a l'honneur de proposer au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord l'Accord suivant :

Lorsque les effets des droits et responsabilités quadripartites auront cessé, les services aériens assurés actuellement par des sociétés de transport alliées en direction et à partir de Berlin pourront se poursuivre sous réserve des dispositions qui suivent concernant le volume de ces services qui seront supprimés par décision de ces transporteurs sur le fondement de critères commerciaux.

a) Services aériens domestiques allemands

Les sociétés de transport alliées qui assurent actuellement des services aériens intérieurs allemands réguliers peuvent les maintenir jusqu'en octobre 1993 aux niveaux suivants :

Saison d'été 1991	80 %
Saison d'hiver 1991/92	70 %

¹ Entré en vigueur le 9 octobre 1990, date de la note de réponse, conformément aux dispositions desdites notes.

Saison d'été 1992	60 %
Saison d'hiver 1992/93	50 %
Saison d'été 1993	40 %

des sièges offerts par chaque société de transport pour la saison d'hiver 1990/91.

b) Services internationaux réguliers de Berlin vers des pays tiers (7^e liberté)

Les sociétés de transport alliées qui assurent actuellement des services internationaux réguliers de Berlin vers des pays tiers (7^e liberté) en Europe, peuvent continuer à assurer ces services jusqu'en octobre 1993, aux niveaux définis au paragraphe *a*. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne appuiera, au cours de la période de transition, les demandes des transporteurs alliés auprès des autorités de l'aviation civile des pays européens de destination de ces services.

c) Services européens d'affrètement de vol à la demande de Berlin vers des pays tiers (7^e liberté)

Les sociétés de transport alliées qui assurent actuellement des services d'affrètement de vol à la demande de Berlin vers les pays tiers (7^e liberté) en Europe, peuvent les maintenir jusqu'en octobre 1993 aux niveaux suivants :

<i>aa)</i> Saison d'été 1991	90 % des sièges offerts par chaque transporteur durant la précédente saison d'été.
<i>bb)</i> Saison d'hiver 1991/92	90 % des sièges offerts par chaque transporteur durant la précédente saison d'hiver.
<i>cc)</i> Saison d'été 1992	80 % du niveau défini en <i>aa</i>
<i>dd)</i> Saison d'hiver 1992/93	80 % du niveau défini en <i>bb</i>
<i>cc)</i> Saison d'été 1993	80 % du niveau défini en <i>cc</i>

Les contrats pour la saison d'été 1991 signés avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord seront honorés.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne soutiendra, au cours de la période de transition, les demandes des sociétés de transport alliées auprès des autorités de l'aviation civile des pays européens de destination de ces services.

d) Toute société de transport alliée basée à Berlin et dont la part de l'ensemble du marché de la desserte aérienne de Berlin (vols intérieurs allemands, services d'affrètement à la demande et vols internationaux dits de 7^e liberté) sera inférieure à 3 % à la date de l'entrée en vigueur de cet Accord, sera soumise d'ici octobre 1993 à un régime de retrait différé aux niveaux suivants :

Saison d'hiver 1992/93	80 %
Saison d'été 1993	70 %

des sièges offerts par chaque société de transport pour la saison d'hiver 1990/91.

e) Si une société de transport :

- Soit assure un service ou des services correspondant à ceux qui sont décrits ci-dessus avec un seul aéronef dès le début de la période de transition
- Soit réduit l'exploitation d'un service ou de services correspondant à ceux qui sont décrits ci-dessus à un seul aéronef à la suite de l'application des dispositions des paragraphes *a* à *d* ci-dessus.

Cette société peut, nonobstant la nécessité de poursuivre la réduction du service ou des services, continuer à exploiter cet aéronef à pleine capacité ou fournir une capacité équivalente sur un autre aéronef jusqu'à la fin de la période de transition.

f) Les Parties au présent Accord se réuniront au plus tard au mois d'avril 1993 pour examiner les répercussions de la législation sur le marché unique de la Communauté économique européenne sur l'avenir des services aériens intérieurs allemands.

g) Le Ministère des transports de la République fédérale d'Allemagne examinera l'application de cet Accord transitoire par les sociétés de transport avec les Gouvernements de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. De telles consultations se dérouleront avant chaque saison. Elles peuvent également être proposées par l'un quelconque des Gouvernements.

h) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à faciliter, dans le cadre des possibilités de sa législation, le traitement rapide des demandes de permis, autorisations et licences nécessaires et à s'efforcer d'assurer le maintien des dispositions et à s'efforcer d'assurer le maintien des dispositions opérationnelles des sociétés de transport alliées à Berlin.

Si le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord se déclare en accord avec cette proposition, la présente note verbale et la note verbale de réponse de l'Ambassade du Royaume-Uni exprimant l'accord du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord constitueront, entre nos deux Gouvernements, un Accord qui entrera en vigueur à la date de la note de réponse de l'Ambassade et sera valable pour l'ensemble de la période de transition, qui s'achèvera à la fin de la saison d'été 1993.

Le Ministère des affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne saisit cette occasion etc.

Bonn, le 9 octobre 1990

Ambassade du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
Bonn

II

Le 9 octobre 1990

N° 177

L'Ambassade du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord présente ses compliments au Ministère fédéral des affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne et a l'honneur d'accuser réception de sa note verbale n° 210-455-00/6 du 9 octobre 1990, dont le texte est le suivant :

[*Voir note I*]

L'Ambassade du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord a l'honneur de faire part au Ministère fédéral des affaires étrangères de l'accord de son Gouvernement sur les dispositions qui précèdent et accepte que la note du Ministère fédéral et la présente note de réponse constituent entre les deux Gouvernements, un accord qui entrera en vigueur à la date de cette réponse et le demeurera jusqu'à la fin de la période de transition qui s'achèvera à la fin de la saison d'été 1993.

L'Ambassade du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord saisit cette occasion pour renouveler au Ministère fédéral des affaires étrangères les assurances, etc.

Ambassade du Royaume-Uni
Bonn
